

E-Governance

Digitalisierung für Good Governance nutzen

Weltweit setzen Staaten verstärkt auf den Einsatz von Informationstechniken, um Verwaltungen und staatliche Dienste zu modernisieren und zu verbessern. In der Vergangenheit beschränkte sich dieses Verständnis auf Online-Dienste der Verwaltung (**E-Government**). Digitale Technologien können jedoch auch das Regieren selbst verändern, was sich im erweiterten Konzept der E-Governance widerspiegelt. E-Governance wird dabei als Ansatz verstanden, der mittels Informationstechniken Beteiligungsmöglichkeiten, Transparenz und Rechenschaftspflicht stärkt. Digitale Lösungen tragen dazu bei die öffentliche Leistungserbringung durch erleichterte Erhebung, Auswertung und Bereitstellung von Daten stärker evidenzbasiert und bedarfsorientiert zu gestalten. Zusätzlich kann die Verringerung manuell durchgeführter Prozesse mittels digitaler Verwaltungsstrukturen zum Rückgang von Korruption beitragen. E-Governance bedeutet jedoch mehr als die Effizienz und Transparenz staatlicher Leistungen zu erhöhen. Digitale Technologien ermöglichen inklusivere Beteiligungsverfahren und neue Formen der Kommunikation zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern. Damit tragen sie weltweit dazu bei, dass mehr Menschen ihr Recht auf Meinungsfreiheit und verbesserten Zugang zu Informationen verwirklichen können (**E-Participation**).

Wie trägt E-Governance zu Good Governance bei?

Good Governance ist einer der zentralen Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Die Ziele und Maßnahmen im Bereich E-Governance stimmen in vielen Aspekten mit dem wertebasierten Ansatz zur Förderung von Good Governance überein und leisten damit auch einen Beitrag zur Erreichung von Ziel 16 der Agenda 2030 („Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“).

Zu den Handlungsfeldern des Good-Governance-Ansatzes kann E-Governance gerade im Hinblick auf die folgenden Ziele beitragen:

- Gesellschaftliche Teilhabe und Menschenrechte
- Transparenz, Effizienz und Leistungsfähigkeit
- Informationssicherheit und Datenschutz
- Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit

Welche Rahmenbedingungen erfordern erfolgreiche E-Governance-Projekte?

Informationstechnik allein kann Gesellschaften nicht demokratisch machen. Für die erfolgreiche Implementierung von E-Governance Ansätzen müssen bestimmte Voraussetzungen im Offline-Kontext gegeben sein. Dazu gehören etwa Regulierungen im Bereich Daten und Datenschutz, aber auch Rahmenbedingungen wie Meinungs- und Pressefreiheit. Auch starke Zivilgesellschaften, denen oftmals die finanziellen und technischen Möglichkeiten fehlen, um ihre Watchdog-Funktion wahrzunehmen, gehören oft zu den Erfolgsfaktoren für E-Governance-Projekte. Unabhängige Medien können hierbei eine Mittlerrolle einnehmen. In der Regel macht die technologische Komponente dadurch nur einen kleinen Teil eines E-Governance-Vorhaben aus.

Die Wirksamkeit eines digitalen Ansatzes in einem Governance-Vorhaben setzt auch bestimmte organisatorische Bedingungen voraus, wie etwa:

- politische Reformbereitschaft (politischer Wille)
- soziodemographischen Bedingungen (digital literacy, Bildungsniveau, Landessprachen)
- und technischen Möglichkeiten ((mobile) Internetabdeckung und de facto -Zugang, Telekommunikationsmarkt, Hardware).

Herausgegeben von:

Doch nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Länderkontexte, sowie der Bedarfe der Partnerländer können angepasste und erfolgreiche Digitalisierungsstrategien entwickelt werden.

Die [Principles for Digital Development](#) (u. a. Use Open Standards, Open Data, Open Source, and Open Innovation und Address Privacy and Security) sollten dabei handlungsleitend für Akteure sein, die auf eine nachhaltige Wirkung von E-Governance-Projekten zielen. Diese Richtlinien basieren auf den praktischen Erfahrungen einer Vielzahl internationaler Durchführungsorganisationen und werden kontinuierlich weiterentwickelt. Auch deutsche Durchführungsorganisationen wie etwa die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gehören zu den Unterzeichnern der Principles for Digital Development.

Herausforderungen & Risiken

Den Vorteilen der Digitalisierung stehen jedoch auch Herausforderungen und Risiken gegenüber. So besteht die Gefahr, dass persönliche Daten missbraucht und Meinungsfreiheit eingeschränkt wird z.B. durch neue Möglichkeiten der Zensur, Desinformation oder Verfolgung. Damit Menschen von den Chancen des digitalen Wandels profitieren können, muss das Internet frei, offen und sicher sein. Dies bedeutet die digitale Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, einschließlich Frauen sowie vulnerabler und marginalisierter Gruppen und Personen, wie Menschen mit Behinderungen. Gleichzeitig gilt es den Mangel an digitalen Kompetenzen der Akteure aus Verwaltung, Regierung und der Bevölkerung zu überwinden. Cybersicherheit und digitale Rechte, wie Datenschutz und Privatsphäre müssen dabei

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15
E info@giz.de
I www.giz.de

Bezeichnung Programm:
Sektorvorhaben Governance

Autor/Verantwortlich/Redaktion etc.:
Daniel Keck, Eschborn

stets kontextsensibel gewährleistet werden. Auch hier gibt es Potentiale für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, sich entsprechend des wertebasierten Entwicklungsansatzes zu positionieren.

Beispiele aus der Umsetzung

➤ Kommunalentwicklung in Armenien

Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Armenien die Einführung eines Municipal Management Information System (MMIS) in mehr als 250 Gemeinden. Von Informationsmaterial über e-Services und Online-Beteiligungsmechanismen bietet das web-basierte System den lokalen Regierungen Werkzeuge für eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung. Mehr als 30% der Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum und insgesamt 600.000 Personen profitieren davon. So wird z. B. eine Baugenehmigung durch MMIS in drei bis sieben Tagen ausgestellt. Früher dauerte es oft mehr als doppelt so lange.

➤ Open Government in Ghana

Zur Durchsetzung des Verfassungsrechts auf Informationsfreiheit und zur Förderung von Transparenz und Partizipation unterstützt die Deutsche Welle Akademie in Ghana den Aufbau und Betrieb einer Open-Government-Plattform. Über die Plattform können Bürgerinnen und Bürger für ihren Distrikt aktuelle Haushalts- und Investitionsdaten einsehen, die gleichzeitig Grundlage für eine Diskussion mit Behörden in Townhall Meetings sind. Das Projekt ist in Kooperation mit vier Distriktbehörden gestartet, zwölf weitere folgen. Damit werden Bürgerinnen und Bürger erstmals in die Lage versetzt, faktenbasiert relevante Themen der Haushaltsplanung mit den Verantwortlichen zu diskutieren. Über Partnerschaften mit Radiosendern wird gewährleistet, dass die Informationen journalistisch aufbereitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

URL-Verweise:

Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des
Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat 411 –Governance, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
Ansprechperson: Henriette Kötter
Bonn

Bonn/Eschborn, 2020

Im Auftrag des



**Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**